

Protokolleintrag vom 03.09.2014

2014/269

Erklärung der FDP-Fraktion vom 03.09.2014:

Beschlussantrag «Ja zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums», Position der FDP

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Schleichende Verstaatlichung statt preisgünstiger Wohnungen

Die Ratslinke hat ein neues Instrument entdeckt, nämlich dasjenige einer Resolution. Damit wird versucht, weitere politische Instrumente auszuhebeln, welche immerhin noch eine substantielle politische Diskussion im Ratssaal erlauben. Minderheitspositionen werden missachtet. Es steht dem Zürcher Gemeinderat nicht zu, sich in eine kantonale Abstimmung einzumischen. Wenn sich Behörden in Abstimmungskämpfen zu Wort melden, ohne dass hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht, wird die verfassungsrechtlich garantierte Abstimmungsfreiheit verletzt. Die FDP und die Mitglieder der FDP-Gemeinderatsfraktion behalten sich ausdrücklich vor, im Falle einer Zustimmung zu dieser Resolution dies auf dem Rechtsweg zu klären.

Auch inhaltlich lehnt die FDP die Vorlage und damit die Resolution klar ab:

Die Vorlage „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“ klingt zwar auf den ersten Blick verlockend. Sie ist jedoch eine Mogelpackung und ein schwerer Eingriff in die Eigentumsfreiheit. Denn die Gemeinden können so jedem bauwilligen Grundstücksbesitzer vorschreiben, welche Art von Wohnungen er auf seinem Bauland zu bauen hat und zu welchem Preis er diese vermieten darf.

Die Gemeinden würden vor erhebliche Probleme gestellt:

- Der Mietzins für die betroffenen Objekte muss ins Grundbuch eingetragen werden;
- Jede Änderung des Mietzinses muss auch im Grundbuch geändert werden;
- Die Gemeinden müssen neu eine Mietzinskontrolle durchführen;
- Von den Gemeinden müssen Belegungsvorschriften erlassen werden;
- Die Gemeinden müssen die Belegung vor Ort kontrollieren und bei Unterbelegung den Vollzug anordnen.

Die Mieten können nur kontrolliert werden, wenn sie auch gegenüber den Gemeinden offengelegt werden. Die FDP will aber keinen „gläsernen Bürger“, für den der Datenschutz kaum mehr gewährleistet wäre. Werden die Mietpreise vorgeschrieben, wird nicht mehr in Wohnraum investiert. Die Folge davon: es werden weniger Wohnungen gebaut. Dies führt zu einer Verschärfung der Wohnungsknappheit und zu höheren Mieten auf dem freien Marktsegment. Aber auch die Baugenossenschaften sind betroffen. Also ausgerechnet diejenigen, die bis jetzt eigenverantwortlich günstigen Wohnraum bereitgestellt haben. Sie werden zu staatlichen Vollzugsanstalten degradiert und in ihrer Gestaltungsfreiheit massiv eingeschränkt. Auch die Pensionskassen als grösste Wohneigentümer im Kanton werden sich künftig eine Investition in den Wohnungsbau zweimal überlegen, da sie zum Wohle der Versicherten eine gute Rendite erwirtschaften müssen.

Die geltende Rechtsordnung kennt bereits wirksame Instrumente zur Förderung von günstigem Wohnraum. Sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantons- und Gemeindeebene stehen heute schon genügend Mittel zur Verfügung. Die Gesetzesänderung ist überflüssig!

Das Beispiel Genf zeigt deutlich, dass eine zunehmende Regulierung das Bauen lähmt. In sogenannten «Entwicklungszonen» schreibt der Kanton Mietrenditen und -konditionen vor. Resultat: Günstiger neuer Wohnraum entsteht nicht. Im Gegenteil: Der Neubau stagniert, bestehende Häuser werden nicht mehr saniert und verlottern. Während in Zürich noch viele Baukräne stehen, sind diese in den Genfer "Entwicklungszonen" praktisch verschwunden.

Die FDP wehrt sich gegen diesen Schritt Richtung Planwirtschaft in Zürich und gegen eine aufgeblähte Bürokratie. Die Resolution und die Vorlage sind unbedingt abzulehnen.